

Gabriels Kohle-Strafsteuer schadet Energieland NRW

Die Pläne von Wirtschaftsminister Gabriel, eine Klimaschutzabgabe für ältere konventionelle Kraftwerke einzuführen würde NRW und die gesamte deutsche Stromversorgung hart treffen. Heute werden 35,9 Gigawatt der Leistung in konventionellen Kraftwerken vorgehalten, vorwiegend durch Braunkohle, Steinkohle und Erdgas. NRW ist der größte Bereitsteller von konventioneller Energieleistung in Deutschland.

Die Mandatsträger der CDU in NRW sagen Nein zur geplanten Sonderabgabe, die einen wirtschaftlichen Betrieb konventioneller Kraftwerke massiv erschwert und damit zehntausende Arbeitsplätze in den Revieren und zudem die Versorgungssicherheit für Unternehmen und Privatverbraucher gefährdet. Ausstieg aus Kernenergie und Kohle geht nicht gleichzeitig.

Fracking: Priorität für Gesundheits- und Trinkwasserschutz

Der Bundestag hat in Erster Lesung das Gesetzespaket der Bundesregierung zum Fracking beraten. Schutz der Gesundheit und des Trinkwassers haben für die Union absoluten Vorrang. Deshalb dürfen beim Fra-



Unter der Präsidentschaft von Norbert Lammert spricht MdB Möring zu Fracking sowie zum Meeresschutz (Foto: Dt. Bundestag/Achim Melde)

cking in Zukunft nur schwach wassergefährdende, oberhalb von 3000 Meter nur nicht wassergefährdende Gemische genutzt werden. Das bei der Förderung aus großen Tiefen herausgeholtte Grundwasser, sogenanntes Lagerstättenwasser, muss in dieselben tiefen Regionen zurückgepumpt werden, aus denen es stammt. Es ist nämlich erheb-

lich mit Salz, Schwermetallen und andern Stoffen belastet. Weiträumig werden Bereiche um unsere Trinkwassergewinnungsanlagen als Ausschlussgebiete für Frackingbohrungen geschützt. Gleiches gilt für Mineralwasserbrunnen, Brauereibrunnen, private Trinkwasserbrunnen und Heilquellen. Weitere Regelungen betreffen das Verbot bzw. die Einschränkung von Fracking in Naturschutzgebieten, Nationalparks und Natura-2000-Gebieten.

Außerdem werden alle beantragten Frac-Bohrungen einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterworfen, in dessen Rahmen auch die Öffentlichkeit Besorgnisse anmelden kann, die von den Genehmigungsbehörden geprüft werden müssen und die auch gerichtlich überprüft werden können.

Ohne Zustimmung der Wasserbehörden, denen die Sorge für die Sicherheit unseres Trinkwasser obliegt, dürfen keine Genehmigungen erteilt werden. Und bei seismischen Schäden sind die Unternehmen schadenersatzpflichtig, wenn sie nicht nachweisen können, dass sie nicht die Verursacher sind. Unsere Leitlinie heißt: Wo Risiken nicht zu verantworten sind oder Kenntnisse unzureichend sind, wird Fracking verboten.

Meeresschutz: Kampf dem Müll

In meiner zweiten Rede in dieser Woche konnte ich Bundeskanzlerin Merkel danken, dass Sie den Schutz der Ozeane zu einem Schwerpunkt der G7-Gespräche macht und die Vermüllung der Meere thematisiert. Auch wenn wir in Deutschland bereits einiges erreicht haben, gibt es noch nationalen Handlungsbedarf, denn schließlich leiden auch deutsche Küsten unter Meeresmüll, und dies schadet neben Flora und Fauna auch dem Tourismus als wichtigem Wirtschaftszweig.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

am 70. Jahrestag des Kriegsendes würdigte Bundestagspräsident Lammert in einer Gedenkstunde im Bundestag die Alliierten als Befreier des europäischen Kontinents. Die vier Siegermächte hätten Deutschland nach dem Krieg und den NS-Verbrechen wieder in die Völkergemeinschaft aufgenommen.



Der Historiker Heinrich August Winkler rief uns Deutsche auf, sich auch in Zukunft dem dunkelsten Kapitel der Geschichte zu stellen. Dabei müsse jede Generation ihren eigenen Zugang zur deutschen Vergangenheit suchen. „Niemand erwartet von den Nachgeborenen, dass sie sich schuldig fühlen“, betonte er in seiner Rede im Parlament, aber einen Schlusstrich könne man unter eine solche Geschichte nicht ziehen. Mit der russischen Anexion der Krim markiere das Jahr 2014 eine „tiefe Zäsur“ in der europäischen Geschichte. Entgegen seinen Unterschriften auf verschiedenen Verträgen seit 1990 werde die europäische Friedensordnung von Rußland selbst „radikal infrage gestellt“.

Die jüngere Generation kann sich heute militärische Konflikte in Europa kaum mehr vorstellen. Durch die Ukraine-Krise werden viele zum ersten Mal seit Jahrzehnten daran erinnert, dass Frieden in Freiheit auch in Europa keine Selbstverständlichkeit ist, sondern immer wieder erarbeitet und gesichert werden muss.

So mischt sich heute für mich in die Dankbarkeit auch der Ansporn und die Ermutigung, für einen gerechten Frieden zu wirken.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

Städtebauförderung: Starke Städte und Quartiere

Anlässlich des ersten deutschen Tages der Städtebauförderung am 9. Mai brachten die Koalitionsfraktionen einen Antrag zur Würdigung und weiteren Entwicklung der Städtebauförderung ein. Darin wird ihre Bedeutung als Hilfe des Bundes betont. Für die Kommunen ist sie ein elementarer Beitrag zur Finanzierung einer gelungenen Stadtentwicklungspolitik. Die Stärkung von Zentren, die Gestaltung öffentlicher urbaner Räume, der Erhalt historischer Bausubstanz und regionaler Baukultur, die Unterstützung von innerörtlichem Einzelhandel und Gewerbe sowie die Verbesserung der Infrastruktur, all dies bietet den Kommunen viele Gestaltungsmöglichkeiten. Aufbau, Ausbau, Rückbau, Umbau und Anpassung bieten die Chance, die Städte und Gemeinden zukunftsfähig und lebenswert zu gestalten. Die Städtebauförderung hat große wirtschaftliche Bedeutung: der Einsatz der Fördermittel des Bundes und der Länder führt regelmäßig zu einer Einbindung weiterer europäischer Fördermittel (u. a. EFRE und ESF) in die Projekte.

Auch unsere Kölner Region profitiert massiv von den Programmmitteln. Ein Euro Bundesförderung stimuliert dabei mindestens 7 Euro weitere Investitionen der öffentlichen Hand oder der privaten Bauherren. Besonders positiv ist die derzeitige finanzielle Ausstattung der Städtebauförderung in Höhe von 700 Millionen Euro pro Jahr. Wir werden die Erfolgsgeschichte der Städtebauförderung fortsetzen.

Endlagerkommission: Positive Halbzeitbilanz



Kölner unter sich: MdB Möring traf im Umweltausschuss seine Vorgängerin im Wahlkreis, Ursula Heinen-Essen, anlässlich der Halbzeitbilanz der Endlagerkommission, deren Co-Vorsitzende sie ist. Der Bericht der Kommission über die sichere Verwahrung insbesondere hoch radioaktiver Abfälle sollte wie geplant bis zum Sommer 2016 abgeschlossen werden. „Ich bin zuversichtlich, dass wir das hinbekommen“, so Heinen-Essen. (Foto: privat)

Austausch: Wirtschaftsjunioren im Reichstag



David Stammel (36), Unternehmer und Wirtschaftsjunior aus Bergisch Gladbach, begleitete im Rahmen des Know-how-Transfers eine Woche lang MdB Karsten Möring in Berlin. Zum 21. Mal organisierten die Wirtschaftsjunioren, ein Netzwerk von 10.000 Führungskräften unter 40 Jahren, ein Austauschprogramm mit Abgeordneten. Bei dieser Gelegenheit lernen junge Unternehmer das politische Know-how hinter den Kulissen der Politik kennen. (Foto: privat)

Bauausschuss: Koalition würdigt Baukultur

In einem Entschließungsantrag von Union und SPD zum aktuellen Baukulturbericht 2014/15 wird die Bundesregierung aufgefordert, gezielt auf die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen hinzuwirken und ihre Vorbildrolle als öffentlicher Bauherr aktiv wahrzunehmen. Der Nachhaltigkeitsaspekt im Baubereich soll weiter gestärkt werden. Die Bundesstiftung Baukultur wird im Baukulturbericht 2016/2017 über die Fokusthemen „Grün in der Stadt“, „Baukultur und Tourismus“, „Bezahlbares Wohnen“ und „Ländliche Räume“ berichten.

Ich finde, städtisches Grün ist auch in Köln von übergeordneter Bedeutung für lebenswerte Urbanisierung. Neben der Erholungsfunktion erfüllt „Grün in der Stadt“ vor allem eine ökologische Funktion zu Klimaschutz und Luftreinhaltung. Gebäude und Freiflächen müssen eine harmonische Einheit bilden. Nicht nur das Stadtbild wird von dieser Symbiose geprägt. Anlässlich der Beratung im Umwelt- und Bauausschuss des Bundestages plädierte ich dafür, das Thema „Grün in der Stadt“ stärker zu thematisieren und anzupacken.

Impressum:

Ausgabe Nr. 09/2015
08. Mai 2015

Herausgeber:

Bundtagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter